



## Gegengipfel in Marrakesch

Wie soziale Bewegungen über die Klimafrage diskutieren. Seite 2

Foto: imago/Xinhua

## Marine im Umbau

Der neue Kalte Krieg braucht mehr als Schnellboote – deren Ära endet. Seite 5

## Zensur in der Ukraine

Freundlicher Russe? Kiew sperrt »Tschiller«-Thriller. Seite 14

Foto: Warner



Bundesausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 16. November 2016

71. Jahrgang/Nr. 268

## STANDPUNKT

### Hintergangen in Ewigkeit

René Heilig zum Urteil der Bundesverfassungsrichter über den Umgang mit NSA-Geheimnissen

Man kann LINKEN und Grünen Naivität vorwerfen, doch die Regierung ließ ihnen keine Wahl. Sie mussten irgendwie – am Ende in Karlsruhe – versuchen, sich gegen die Sturheit von Schwarz-Rot zu wehren, die nicht nur in der Frage der Selektoren alles tun, um eine gründliche Aufklärung des NSA-BND-Skandals zu verhindern. Allerdings, und das ist die übergreifende, die grundsätzliche Niederlage, haben die Regierung und ihre Dienste nun auf Dauer höchst richterlich formulierte Gründe zugeurteilt bekommen, weshalb sie tun und lassen können, was sie wollen. Und wie einfach sie auch weiter demokratisch legitimierte Kontrollreue ins Leere laufen lassen können.

Die Verfassungsrichter segneten eine Kooperation ab, die von Anfang an hinter dem Rücken des Parlaments vereinbart wurde. Womit wir beim künftigen Bundespräsidenten sind. 2002 unterzeichnete Frank-Walter Steinmeier als Kanzleramtschef – der auch noch andere mehr oder weniger bekannte Geheimdienstleichen im Keller hat – die entsprechende Vereinbarung zwischen NSA und BND. Hätte ein Mann namens Edward Snowden nicht Bauchgrummeln bekommen ob der massenhaften elektronischen Bespitzelung, wüssten wir noch heute nichts von der mehrfach grenzenlosen Kumpanei der geheimen Dienste. Dass Snowden seine Offenheit so teuer bezahlen muss, wird mit Sicherheit nicht dazu führen, dass mögliche andere Whistleblower sich ein Herz fassen.

## UNTEN LINKS

Frank-Walter Steinmeier wird Präsident, aber angefangen hat auch er mal mit Fußball. Er kickte einst beim TuS 08 Brakelsiek, besonders gut soll er nicht gewesen sein, na ja. Bei Usain Bolt stellt gar keiner erst diese Frage. Der schnellste Mann der Welt will ein paar Einheiten beim BVB Dortmund trainieren, heißt es, und dass er eine neue sportliche Herausforderung suche. Wer weiß, vielleicht bleibt er ja sogar in Dortmund. Schon wird über die Zukunft des Klubs spekuliert, über das künftige Spiel, sein Tempo. So viel steht fest: Usain Bolt würde die Dortmunder viiiel schneller machen. Auch ganz klar: über die Flügel. Geschwindigkeit ist freilich nicht alles im neuen Job. Steinmeier, der wird nicht schneller geworden sein mit den Jahren. Dafür ist er weitaus beweglicher. Als Außenminister legte er jedes Jahr rund 400 000 Flugkilometer zurück. Das ist die Entfernung zum Mond. Viel wird nun gerätselt, wie er sein neues Amt definieren wird. Dabei ist das ganz klar: über die Flüge. uka

# Foltervorwürfe gegen US-Militär

Internationaler Strafgerichtshof untersucht Kriegsverbrechen in Afghanistan



Das US-Militärgefängnis in Bagram nördlich von Kabul wird auch als afghanisches Guantanamo bezeichnet.

Foto: AFP/Massoud Hossaini

Berlin. Haben Angehörige der US-Streitkräfte und der CIA in Afghanistan Kriegsverbrechen begangen, indem sie Gefangene folterten? Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen gibt es schon lange. Es gebe »eine vernünftige Grundlage, dies zu glauben«, formulierte nun die Chefanklägerin des Internationalen Strafgerichtshofes in Den Haag, Fatou Bensouda, in einem vorläufigen Report. Dort kann man lesen, dass US-Militär mindestens 61 Häftlinge gefoltert oder brutal behandelt haben sollen; mindestens 27 Gefangene seien von CIA-Agenten gefoltert worden. Die Vorwürfe betreffen meist den Zeitraum zwischen

2003 und 2004, doch beziehen sich einige auch auf die jüngere Vergangenheit bis 2014.

Die CIA hatte nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ein Verhörprogramm entwickelt, um Terrorverdächtige zur Herausgabe von Informationen zu zwingen. Dazu gehörten Schlafentzug und das weltweit geächtete »Waterboarding«, simuliertes Ertränken. 2014 kam nach massiven internationalen Vorwürfen auch ein Untersuchungsbericht des US-Senats zu dem Schluss, dass die Methoden sogar noch brutaler waren als zunächst bekannt.

Washington hat bislang einen Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof abgelehnt. Al-

lerdings könnte US-Bürgern trotzdem eine Anklage drohen, wenn ihnen Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in einem Vertragsstaat vorgeworfen werden. Afghanistan hat das sogenannte Römische Statut ratifiziert. Nun liegt es an den Haager Ermittlern, ob sie einen Antrag auf eine vollständige Untersuchung der Fälle stellen. Eine Frage, die ab Mittwoch auch die Vollversammlung des Weltstrafgerichts interessieren dürfte – so wie die angekündigten Austritte afrikanischer Mitgliedsstaaten, weil vor dem Tribunal bisher ausschließlich Afrikaner angeklagt worden sind. nd/Agenturen Seite 8

# Schwesig startet neue Kita-Offensive

Bund und Länder wollen Milliardenbeträge einsetzen, um die Betreuung in den Kitas zu verbessern

Träger, Verbände und Gewerkschaften fordern schon lange ein Qualitätsgesetz für die Kitas. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe will jetzt Eckpunkte für ein solches Vorhaben ausarbeiten.

Von Stefan Otto

Der Bund hat sich gemeinsam mit den Ländern dazu durchgerungen, die Betreuung in den Kindertagesstätten erheblich zu verbessern. Bislang scheiterte der Versuch von Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD), eine bessere Qualität in den Einrichtungen per Gesetz festzuschreiben, am Unwillen der Länder wie der Großen Koalition, so dass sie das ehrgeizige Vorhaben vor zwei Jahren ruhen lassen musste. Doch nun hat es bei der Kita-Betreuung einen Durchbruch gegeben: Bund und Länder wollen gemeinsam ein »Qualitätsgesetz« auf den Weg bringen. Eckpunkte hierfür sollen

bis zum Frühjahr entwickelt werden, die »den länderspezifischen Bedürfnissen gerecht werden«, verkündete Schwesig am Dienstag in Berlin. »Das heißt auch, dass wir künftig wesentlich mehr Mittel investieren müssen.« Daran scheiterten bislang alle Mühen, eine bessere Betreuung in den Einrichtungen herzustellen.

Diese Kehrtwende resultiert offenbar aus der Erkenntnis einer enormen Diskrepanz. Einhergehend mit dem Kita-Ausbau der vergangenen Jahre werden mittlerweile zwar viel mehr Kinder in Einrichtungen betreut, es fehlen aber nach wie vor Tausende von Erzieherinnen und Erziehern. Der Betreuungsschlüssel in den Einrichtungen hat sich im vergangenen Jahr nur minimal verbessert. Im Schnitt kommen auf eine Fachkraft bundesweit 9,3 Kinder, bei unter Dreijährigen liegt die Betreuungquote bei eins zu 4,3. Erziehungswissenschaftler verlangen eine deutlich bessere Versor-

gung, da sonst keine kindgerechte Betreuung gewährleistet sei, heißt es. Zu diesem Schluss sind nun auch Bund und Länder in einem Bericht gekommen.

Experten ist längst klar, dass die bislang bereitgestellten Mittel für die Einrichtungen nicht ausreichen. Schwesig kündigte daher an, dass der Bund für die definierten Ziele – mehr Fachpersonal, bessere Sprachförderung und Gebührenentlastung für Eltern – ab 2018 zusätzlich eine Milliarde Euro übernimmt und diesen Betrag in einem Stufenplan auf jährlich fünf Milliarden Euro steigern wird.

Norbert Hocke, Bundesvorstand der Erziehungsgewerkschaft GEW, begrüßt das Vorhaben. Gleichwohl diese Vereinbarung in keinem Koalitionsplan festgezurrt sei, könne »wohl keine neue Koalition nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr hinter dieser nun beschlossenen Vereinbarung zurückfallen«, sagte er gegenüber dem »nd«. Bislang ist der Bund vor

allem für den Kita-Ausbau zuständig, während die Bundesländer sich im Wesentlichen um die Qualität kümmern.

Angesichts der sich ändernden Zuständigkeiten appellierte Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages, daran, dass die Mittel künftig »zielgerichtet und vollständig bei den Kommunen als verantwortliche Träger der Kinder- und Jugendhilfe« ankommen müssten. Kommentar Seite 4

## Lesen Sie heute im Ratgeber

Hilfestellungen zur Patientenverfügung

Neuer bundesweiter Betriebskostenspiegel

Darlehensgebühren für Bausparrer unzulässig

## Amnesty klagt gegen BND-Spitzelei

NSA-Untersuchungsausschuss bekommt Selektorenliste nicht

Berlin. Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International will mit einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht die anlasslose Überwachung internationaler Kommunikationsströme durch den Bundesnachrichtendienst (BND) stoppen. Die Verfassungsbeschwerde zielt gegen das sogenannte G10-Gesetz, das die Überwachung internationaler Telefonate, E-Mails oder Chats auch ohne konkrete Verdachtsmomente erlaubt, wie Amnesty am Dienstag mitteilte. Die Kläger sehen durch die Praxis unter anderem das Menschenrecht auf Privatsphäre verletzt.

Ein weiterer Versuch besserer Geheimdienstkontrolle scheiterte am Dienstag in Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die Bundesregierung die geheime Selektoren-Liste, mit der der BND für die NSA spionierte, nicht an den NSA-Untersuchungsausschuss herausgeben muss. Das Geheimhaltungsinteresse der Regierung überwiege das Informationsinteresse des Ausschusses. Agenturen/nd Seite 5

## Teileinigung über Kaiser's-Filialen

Edeka und Rewe beschließen Aufteilung der Berliner Märkte

Köln. Edeka und Rewe haben sich über die Aufteilung der Kaiser's Tengelmann-Filialen in Berlin geeinigt. Das bestätigte auf Anfrage ein Rewe-Sprecher in Köln. Abgeschlossen sind die Verhandlungen damit noch nicht. Nach wie vor offen sei der Kaufpreis. Und auch Details des Kaufvertrages müssten noch ausgehandelt werden, hieß es am Dienstagabend.

Tengelmann, Edeka und Rewe hatten sich bereits vor zwei Wochen in einem von Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) geleiteten Schlichtungsverfahren auf die Grundzüge eines Kompromisses für eine Übernahme der Kaiser's-Filialen des kriselnden Tengelmann-Konzerns geeinigt. Doch erwies sich das Aushandeln der Details als schwierig. Kaiser's Tengelmann beschäftigt in gut 400 Filialen in München und Oberbayern, im Großraum Berlin und im Rheinland rund 15 000 Mitarbeiter. Edeka wollte die Supermarktkette komplett übernehmen, scheiterte jedoch am Veto des Kartellamtes. Gegen die Ministererlaubnis von Sigmar Gabriel (SPD) legten mehrere Mitbewerber Klage ein. dpa/nd

## Großbrazzia gegen Islamisten

De Maizière verbietet größtes Salafistennetzwerk in Deutschland

Berlin. Mit einer der größten Polizeiaktionen gegen Islamisten seit Jahren haben die Sicherheitsbehörden radikal-salafistischen Terror-Werbern einen neuen Schlag versetzt. Nach monatelangen Ermittlungen verbot Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) am Dienstag die Vereinigung »Die wahre Religion«, die unter dem Motto »Lies!« zahlreiche Koran-Verteilaktionen organisiert hatte. Die Polizei durchsuchte daraufhin am Morgen gut 190 Wohnungen und Büros in bundesweit mehr als 60 Städten.

Rund 140 junge Islamisten seien nach einer Radikalisierung durch »Lies!« in die Kampfgebiete der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) gereist, sagte de Maizière. »Das mussten wir unterbinden.« Die Ausgereisten seien im Zusammenhang mit dem scheinbar harmlosen Verteilen von Koranen in Fußgängerzonen oder auf Plätzen radikalisiert worden. Konkrete Angaben darüber, wie viele der nach Syrien oder Irak Ausgereisten nach Deutschland zurückkehrten oder im Kampf getötet wurden, machte der Minister nicht. AFP/nd Seite 6

ISSN 0323-3375

